



Steffen Lehndorff: Gewerkschaften und Transformation
Richard Detje: Galeria Kaufhof – unendliche Geschichte

Beiträge u.a. von

Ulrike Eifler, Susanne Ferschl, Jan Richter, Stephanie Odenwald, Claus-Jürgen Göpfert, Ingar Solty, Detlef Umbach, Wolfgang Müller, Björn Radke, Joachim Bischoff



**Forum
Gewerkschaften**

2024 again?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Vor einer Ära der Inflation?

Der Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Agustín Carstens, befürchtet den Übergang in eine Ära der Inflation: Die Welt steht »an der Schwelle zu einer neuen inflationären Ära«. [...]

Zur Wahlwiederholung in Berlin

Nicht nur bei Twitter herrscht Chaos, sondern auch in Berlin, das allerdings schon länger. Berlin hat offensichtlich Schwierigkeiten bei der Exekution grundlegender demokratischer Prozesse wie Wahlen. Dies ist schädlich für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie. [...]

Die Zeit für einen Wechsel ist reif

In der Türkei hat der Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahl Mitte Juni 2023 begonnen. Für die Erdoğan-Regierung, die seit mittlerweile 20 Jahren amtiert, wird es eng. Der Präsident verliert aufgrund der sich ausbreitenden Wirtschaftskrise und der Strategien der Oppositionsparteien an Boden. Diese schmieden ein Bündnis für die Wahlen. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
können, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Brücken bauen für das Klima?

Björn Radke: »Auf dem Highway in die Hölle«?
Magere Ergebnisse der Weltklimakonferenz COP27 2

Der Traum von Größe und die harten Realitäten

Ingar Solty: »Alle gegen rechts«? Die USA zwischen rechtsautoritärem Nationalismus, ohnmächtigem Antifaschismus und sozialistischen Politikansätzen 7

Detlef Umbach: Bidens Rettung 13

Hinrich Kuhls: Austeritätspolitik als Markenzeichen der Tory-Regierungen
Vom Traum von Globaler Größe zur Realität der Brexit-Folgen 16

Wolfgang Müller: Stabilität und gemeinsamer Wohlstand
Die KP Chinas hat auf dem 20. Parteitag einige neue Akzente gesetzt 22

Joachim Bischoff: Russlands Ökonomie vor dem Kriegswinter 27

Paradigmenwechsel

Bernhard Müller: Die AfD: vom »gärigen Haufen« zur rechtsextremen Partei ... 32

Ulrike Eifler/Susanne Ferschl/Jan Richter:
DIE LINKE braucht einen Klassenkompass 36

Stephanie Odenwald: Paradigmenwechsel für die Wirtschaft?
Das ab 2023 wirksame »Gesetz über die unternehmerischen
Sorgfaltspflichten in Lieferketten« 40

Claus-Jürgen Göpfert: Cum Ex: Eine Hydra mit vielen Köpfen. Die Tricks
zur Steuervermeidung schädigten den Staat um bis zu 32 Milliarden Euro 44

Forum Gewerkschaften

Otto König: Tarifpolitik in Inflationszeiten
Der Pilotabschluss in der Metall- und Elektroindustrie 47

Steffen Lehndorff: Gewerkschaften als Treiber
der Transformation 50

Richard Detje: Niedergang eines Warenhauskonzerns. Galeria Karstadt Kaufhof
wird vor die Wand gefahren, tausende Arbeitsplätze vernichtet 56

Cosimo-Damiano Quinto/Orhan Akman: Ein neues Kapitel Tarifgeschichte
Der ver.di-Digitalisierungstarifvertrag bei H&M
und das politische Mandat der Gewerkschaften 60

Geburtstagsgrüße

Redaktion Sozialismus.de: Erfahrungen im Zeitalter der Extreme
Der Sozialist, politische Ökonom und Ökologe Klaus Steinitz wurde 90 66

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 67

Tipps zum Hingehen oder Online 68

Klaus Schneider: Crimes of the Future (Filmkritik) 69

Supplement

Hans-Peter Krüger: **Russland-Ukraine: ein doppelter Stellvertreter-Krieg**
Wer übernimmt Verantwortung für dessen Beendigung?

Tarifpolitik in Inflationszeiten

Der Pilotabschluss in der Metall- und Elektroindustrie

von ■ Otto König



Foto: Julian Rettig/IG Metall

Wie häufig zuvor erfolgte der Durchbruch inmitten der Nacht. Nach einem elfstündigen Verhandlungsmarathon einigten sich die Tarifkontrahenten IG Metall und Südwestmetall im schwäbischen Ludwigsburg auf einen Pilotabschluss in der Metall- und Elektroindustrie. »Unterm Strich stehen Entgelterhöhungen von 8,5% bei 24 Monaten Laufzeit«, kommentierte der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann das Tarifergebnis. Für einen Facharbeiter

seien das rund 7.000 Euro mehr – davon 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei. Die Arbeitgeber setzten dafür eine lange Laufzeit von zwei Jahren bis September 2024 durch. Möglich wurde der Abschluss erst durch den enormen Druck der Beschäftigten aus den Betrieben. Rund 900.000 Metaller*innen hatten die Forderung der IG Metall bundesweit mit Warnstreiks, Kundgebungen, Demozügen, Menschenketten und Autokorsos unterstützt. Für den Fall ei-

nes Scheiterns der Verhandlungen hatte die Gewerkschaft mit einer Ausweitung des Arbeitskampfes durch sogenannte 24-Stunden-Streiks oder eine Urabstimmung über Erzwingungsstreiks gedroht.

Die Nachwehen der Corona-Pandemie, gestörte globale Lieferketten, explodierende Energie- und Lebenshaltungskosten sowie eine bevorstehende

■ Otto König ist Mitherausgeber von Sozialismus.de.

Rezession bilden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dennoch waren die Erwartungen der Beschäftigten hoch wie lange nicht. Nach mageren Pandemie Jahren ohne prozentuale Lohnsteigerungen und schließlich hoher Inflation musste die Gewerkschaft für ihre Mitglieder endlich wieder stattliche Tarifierhöhungen erreichen. Die IG Metall forderte eine Erhöhung um 8% bei zwölf Monaten Laufzeit. Sie begründete das mit dem Kaufkraftverlust – zuletzt lag die Inflation im Oktober 2022 bei 10,4%. Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge wird sie in diesem Jahr im Durchschnitt bei rund 8% liegen, im nächsten noch bei 7%, die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von knapp 9% aus. Auch in den darauffolgenden Jahren wird die Preisentwicklung über dem Mittel der vergangenen Jahre liegen.

Verteilungskonflikte

Wirtschaftsliberale Ökonomen warnen alarmistisch vor einer »Lohn-Preis-Spirale«. »Das ist ökonomischer Unfug. Für das laufende Jahr wird ein republikweiter Tariflohnzuwachs von 3% erwartet. Dies bedeutet einen Reallohnverlust von 5%. Von Lohn- und Preisdruck weit und breit keine Spur«, stellt der ver.di-Ökonom Dierk Hirschel fest.¹ Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, bewertet das nicht anders.

Während die Teuerungsrate langsam nach oben kletterte, gingen die Arbeitgeber lange nicht auf die Gewerkschaftsforderung ein. Erst in der dritten Verhandlungsrunde boten sie eine steuer- und abgabenfreie 3.000-Euro-Pauschalzahlung über 30 Monate Laufzeit an. Auf eine prozentuale Erhöhung wollten sie sich nur einlassen, wenn die Gewerkschaft zu einer langen Laufzeit bereit wäre. Sie verwiesen auf die unsichere Lage der Firmen und warnen nach Corona, Lieferengpässen und Energiekostenexplosion vor weiteren Belastungen. Es bedürfe einer Notfallklausel, wenn etwa Gas ausbleibe und die Produktion auszufallen drohe. Ge-

samtmetall-Chef Stefan Wolf erhitze wochenlang die Gemüter mit seiner Forderung nach längeren Arbeitszeiten und ggf. einer Nullrunde bei den Löhnen, schließlich könnten sich die Beschäftigten angesichts der teuren Energie »dicke Pullover anziehen«. Nach der Tarifeinigung verlaublich: Die Höhe des Abschlusses sei zwar eine große Belastung für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung – ein Arbeitskampf hätte aber noch größeren Schaden verursacht und wäre ein fatales Signal für den Standort gewesen.

Möglicherweise haben die Arbeitgeber die Verhandlungen verzögert, weil sie sich schlicht verzockt haben. Zum einen könnte ihre Erwartung gewesen sein, die Wirtschaft werde schnell stark einbrechen und sie bekämen dadurch einen billigen »Notlohnabschluss«. Doch das Bruttoinlandsprodukt ist von Juli bis September noch ansehnlich gewachsen. Mercedes hat den Gewinn auf vier Milliarden Euro verdoppelt – und erwartet künftig mehr Rendite. 2023 dürfte die Wirtschaft zwar schrumpfen, aber nach allen Prognosen nur leicht – die Corona-Krise war zehn Mal so schlimm. Zum anderen sind die Arbeitgeber möglicherweise davon ausgegangen, dass es unabhängig von der allgemeinen Wirtschaftslage in der Chemiebranche zu einem erheblich kostengünstigeren Lohnabschluss kommt, weil die hohen Energiepreise diese Branche besonders treffen. Und dass die Metallindustrie in der Folge ebenfalls einen Billig-Abschluss durchboxen könne.

In der Chemieindustrie einigten sich die Tarifparteien im Oktober auf zwei Stufen über insgesamt 6,6% bei einer Vertragslaufzeit von 20 Monaten. Für die Stahlindustrie hatte sich die IG Metall bereits im Sommer mit den Arbeitgebern auf eine Erhöhung um 6,5% bei einer Vertragslaufzeit von 18 Monaten geeinigt. Wieder einmal spielte Gesamtmetall, der die Verhandlungen der Regionalverbände koordiniert, eine unglückliche Rolle. Die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen den Gesamtmetall-Präsidenten Wolf wegen der illegalen Beschäftigung einer privaten Haushaltshilfe erhöhten nicht unbedingt dessen Glaubwürdigkeit.

Die Priorität der IG Metall lag auf ta-

bellenswirksamen Entgelterhöhungen, nachdem diese zuletzt 2018 angehen worden waren. In der Zwischenzeit gab es alle möglichen Sonderzahlungen und coronabedingten Krisenkompromisse, aber keine dauerhaft wirkenden Erhöhungen der Entgelttabellen. Damit verbessern sich auch nicht die Berechnungsgrundlage etwa für Schichtzulagen und die Basis für kommende Tarifierhöhungen bleibt auf niedrigem Niveau. Mit dem Abschluss von Ludwigsburg wird dies nun teilweise korrigiert.

Das Tarifergebnis im Detail

Entgelt

Tabellenwirksame, also dauerhaft bleibende Lohnerhöhungen gibt es erst im Juni 2023 – nach acht Nullmonaten. Im ersten Schritt kommen 5,2% obendrauf. Elf Monate später, im Mai 2024, kommen weitere 3,3% hinzu. Das durchschnittliche monatliche Entgeltplus über die gesamten zwei Jahre beträgt knapp 4,2%.

Um der Preissteigerung entgegenzuwirken, gibt es eine Inflationsprämie in Höhe von 3.000 Euro. Zunächst erfolgt eine erste Stufenanhebung um 1.500 Euro, zahlbar bis Ende Februar 2023. Anfang 2024 erhalten die Beschäftigten die zweite Stufe in Höhe von weiteren 1.500 Euro (Auszubildende jeweils 550 Euro). Da die Bundesregierung die Sonderzahlung steuer- und sozialabgabenfrei stellt, entspricht das Brutto dem Netto.

Differenzierung

Im Vorfeld der fünften Verhandlungsrunde hatten die Arbeitgeber auf eine Variabilisierung der Sonderzahlung sowie eine automatische Differenzierung gedrungen, wonach Unternehmen in wirtschaftlichen Nöten ohne weitere Verhandlungen entlastet werden sollten. Erreicht wurde dies nur begrenzt: So können die Betriebsparteien per freiwilliger Betriebsvereinbarung die Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie um bis zu sechs Monate nach hinten verschieben. Eine frühere Auszahlung ist jederzeit möglich. Es müssen jedoch mindestens 750 Euro im Januar 2023 ausbezahlt werden.

Und es soll – wie bereits im vorigen Tarifabschluss – beim sogenannten tariflichen Zusatzgeld eine Differenzierung geben. Bei einer Nettoumsatzrendite unter 2,3% kann es sowohl 2023 als auch 2024 verschoben, gekürzt oder gestrichen werden. Das Zusatzgeld wird dabei von derzeit rund 400 auf 600 Euro erhöht.

Zugleich entfällt im nächsten Jahr die geplante Erhöhung des sogenannten Transformationsbausteins – stattdessen wird dieser im Februar in Höhe von 18,4% des Monatsentgelts ausbezahlt. Für den Fall einer Energienotlage (Energienotfallklausel) haben sich die Tarifparteien auf einen Prozess verständigt, der sicherstellt, dass jederzeit flexibel während der Laufzeit des Tarifvertrags reagiert werden kann.

Zur Politik der Verteilungsaueinandersetzungen

Der IG-Metall-Bezirksleiter von Baden-Württemberg Roman Zitzelsberger sagte nach den zwölfstündigen Verhandlungen: »Wir haben hart gerungen und verhandelt, am Ende liegt aber ein akzeptabler Kompromiss auf dem Tisch. Die Kolleginnen und Kollegen bekommen nun endlich die dauerhafte prozentuale Entgelterhöhung, die ihnen zusteht.« Sein Tarifkontrahent, Südwestmetall-Verhandlungsführer Harald Marquardt, sprach von einem aus seiner Sicht »schmerzhaften Kompromiss«. Er sei nur akzeptabel, weil er auch Entlastungsmöglichkeiten für Firmen in schwieriger Lage enthalte und es Planungssicherheit bis weit in das Jahr 2024 hinein gebe. Das ist die Kommentierung der Rollen, die in jeder Tarifrunde gespielt werden.

Die Tarifaueinandersetzungen 2022 und 2023 – wenn wir auch an die bevorstehende Runde im Öffentlichen Dienst denken – finden jedoch unter besonderen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen statt.

- Nach vier Jahren ohne tabellenwirksame Lohnerhöhungen liegt das prozentuale Lohnplus in der Metallindustrie – niedriger in der Chemieindustrie, dort aber bei kürzerer Laufzeit – in den beiden Jahren 2023 und 2024 bei zusammen 8,5%,

während die Preise um 12–13% nach oben klettern. In der Tabelle kommt es folglich zu deutlichen Reallohnverlusten, womit die Reallohnzuwächse der 2010er-Jahre (nach der Finanz- und Wirtschaftskrise!) endgültig aufgebraucht werden. Dies führt mittelfristig bestenfalls zu einer Lohnstagnation. »Die Gefahr einer zu geringen Lohnsteigerung mit den Folgen eines starken Konsumeinbruchs und einer tieferen Rezession ist größer als die Gefahr einer zu starken Lohnerhöhung, die die Unternehmen in Schieflage bringen könne«, kommentierte DIW-Präsident Marcel Fratzscher nach dem Metall-Abschluss am 19.11.2022 im Deutschlandfunk.

- Nun sind Tarifaueinandersetzungen keine voluntaristische Unternehmung, sondern Ausdruck von Kräfteverhältnissen. Deshalb ein Rückblick: Eine mit der heutigen Situation vergleichbare Inflation hatte es zuletzt vor einem halben Jahrhundert gegeben. 1973/74 stiegen die Preise jeweils um rund 7% – es war die Zeit der sogenannten »Ölkrise« in der Folge des Jom-Kippur-Krieges, also ein nicht ganz unähnlicher externer Preisschock. In der Industrie setzten die Gewerkschaften ein Lohnplus von 12%, im Öffentlichen Dienst – nach drei Tagen Streik – von 11% durch,² aufbauend auf ihre Organisationsmacht. Damals lag der Organisationsgrad bei rund 40%, allein die DGB-Gewerkschaften vertraten ein Drittel der abhängig Beschäftigten. 2021 wird der Bruttoorganisationsgrad des DGB (einschließlich Rentner*innen, Studierende etc.) – je nach Berechnung – mit 14–17% angegeben. Tarifpolitik unter Inflations- und Krisenpolitik – zumal wenn die Notenbank die Zinsen weiter anhebt und damit zusätzlich die Konjunktur weiter abwürgt – stellt für geschwächte Gewerkschaften eine enorme Herausforderung dar, die ihre Legitimation und Glaubwürdigkeit untergraben könnte.
- Jede Tarifrunde ist politisch. Diese jedoch in besonderer Weise. Zwar hatten sich nahezu alle Gewerkschaften ursprünglich gegen politische

Moderation ausgesprochen.

Gleichzeitig hoben sie jedoch unisono hervor, dass Entlastungen bei explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen auch vonseiten der Bundesregierung kommen müsste. Das ist in unzureichendem Umfang zuletzt im dritten »Entlastungspaket« auch geschehen. In der »Konzertierten Aktion« gingen Bundesregierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbände jedoch erheblich weiter: Die von Steuern und Sozialabgaben (nicht nur für die Beschäftigten, auch für die Unternehmen!) freigestellte Einmalzahlung von 3.000 Euro stellt eine direkte Intervention in die Tarifautonomie dar. Die Bundesregierung saß gleichsam von Beginn an mit am Verhandlungstisch. (Tarif-)Strategisch ist das nirgendwo diskutiert worden.

- Man mag kaum noch aufschreiben, dass jede Branchengewerkschaft einer Einheitsgewerkschaft für sich kämpft und damit Solidarspielräume verspielt. Sicher: Ein branchenübergreifender Tarifabschluss liegt außerhalb dessen, was bei noch so ausgeprägter Fantasiebegabung gedacht werden kann – jeder Verband verhandelt allein um Prozente, Laufzeiten und Sonderregelungen. Aber warum ist es nicht möglich, Tarifkämpfe so zu organisieren, dass ein Bild gewerkschaftlicher Geschlossenheit und Stärke entsteht?

Die Tarifaueinandersetzungen im Öffentlichen Dienst, die Anfang des neuen Jahres schnell in eine heiße Phase kommen können, sollten die Bundesregierung und die Kommunen wieder auf Austeritätspolitik zurückschalten, sind die nächste Probe für gewerkschaftliche Solidarität.

¹ Frankfurter Rundschau, 14.10.2022; siehe auch seinen Beitrag in Sozialismus.de 11-2022, S. 48–50.

² Daran rankt sich die Legende, die damalige Gewerkschaft ÖTV habe den sozialdemokratischen Bundeskanzler »gestürzt«, da dieser einen Abschluss »im einstelligen Bereich« gefordert hatte.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

